

Medienmitteilung

Volksabstimmung vom 29. November 2009

BDP mit den Abstimmungsergebnissen nur bedingt zufrieden

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP ist enttäuscht über das Ja bei der Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“. Erfreut ist die BDP über das „Ja“ bei der „Zusatzfinanzierung des Luftverkehrs“ und über das deutliche „Nein“ bei der Volksinitiative „Für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten“.

Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“

Die BDP Schweiz bedauert den deutlichen Entscheid, den das Schweizer Stimmvolk heute getroffen hat. Das Ja zur Volksinitiative zeigt, dass die Verunsicherung bei der Bevölkerung gross ist und von der SVP zudem erfolgreich geschürt worden ist. Das heutige Ja ist aber kein Zeichen gegen die Religionsfreiheit, denn der Volksentscheid verbietet einzig den Bau neuer Minarette, richtet sich aber nicht gegen die Freiheit, sich zum Islam zu bekennen und diese Religion für sich alleine oder in der Gemeinschaft zu leben. Gefordert ist jetzt die Politik, die mit dieser Abstimmung angelaufene Diskussion über die Ängste von einer extremen Form des Islam weiterzuführen. Die BDP wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auch in Zukunft das Zusammenleben verschiedener Religionen in der Schweiz möglich ist. Dieses Zusammenleben bedingt Respekt, wobei Respekt eine Tugend der Gegenseitigkeit sein muss.

Volksinitiative „Für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten“

Die BDP Schweiz freut sich über den deutlichen Entscheid bei Volk und Ständen. Mit dem „Nein“ hat das Schweizerstimmvolk heute 10'000 Arbeitsplätze gesichert und grossen volkswirtschaftlichen Schaden von der Schweiz abgewendet. Ein Ja hätte sich ausserdem negativ auf die nationale Sicherheit der Schweiz ausgewirkt, weil sicherheitstechnisches Know-how verlieren würde. Ein Know-how, das sich häufig auch auf zivile Produkte übertrage lässt. Die BDP ist überzeugt, dass ein Exportverbot für wehrtechnische Güter keinen Frieden bringt und die Schweiz in eine gefährliche Abhängigkeit von der ausländischen Rüstungsindustrie geraten wäre.

Zusatzfinanzierung Luftverkehr

Die BDP Schweiz begrüsst das deutliche „Ja“, dass der Schweizer Souverän heute getroffen hat. Dass die von der Luftfahrt geleisteten Treibstoffsteuern in Zukunft der Luftfahrt zugutekommen und zweckgerichtet eingesetzt werden, entspricht dem Grundsatz der Kostenwahrheit und ist verursachergerecht. Die BDP erachtet die drei Bereiche in denen die Steuern in Zukunft für Massnahmen genutzt werden sollen (technische Sicherheit, Schutz vor Terrorismus und Umweltschutz), als sinnvoll.

Auskunft:

NR Hans Grunder, 079 300 29 87
NR Ursula Haller, 079 330 72 60
29. November 2009